

sch bei allen Schichten der Bevölkerung geltend machte. Es hat aber leider den Anschein, als ob es in Oesterreich eine Sphäre gebe, die über der Regierung steht. Der gegenwärtige Besuch des französischen Großindustriellen Schneider-Creusot, der von Zeit zu Zeit einen Teil seiner österreichischen Industrien und Banken zu inspizieren pflegt, zeigt wieder einmal, wie weit Oesterreich von seinem ehemaligen Bundesgenossen, dem Deutschen Reiche, bereits abgerückt ist. Es gibt nur noch wenige Großbetriebe im Lande, die einen rein österreichischen Charakter haben. Die Mehrzahl ist längst im Besitz des Auslandskapitals, zum mindesten aber den französischen, englischen oder italienischen Interessen nähergerückt, und da muß hervorgehoben werden, daß es diese Betriebe vor allem sind, die aus der Art, in der die Sanierung vor sich geht, Vorteile ziehen. Schneider-Creusot und die übrigen „neuen Dienstherren“ der österreichischen Republik sind es ja, die zur Aussicht für ihre Anlagen und sonstigen Beteiligungen den Kontrollleur Dr. Zimmermann eingesetzt haben, vor dem jede Selbstständigkeitsregung der gegenwärtigen Regierung erlischt.

Zur Ehre des österreichischen Nationalrates, dessen Mehrheit ganz unter dem Diktat seines Vorgesetzten Dr. Zimmermann steht, sei betont, daß die Staatsbeamtenhaft gegenüber dem Kanzler einen vollen Erfolg errungen hat, obwohl dieser „gebundene Marschroute“ hatte. Es hat sich gezeigt, daß die Kammer noch in der Lage ist, über die Eingänge in den Staatskassen, wenn auch freilich nur in kleinem Umfange, zu verfügen, sofern es die Rot erheischt.

Daß es so weit kommen konnte, daß die österreichische Republik in die Klauen der Entente geriet, daran trägt nicht zuletzt die Großdeutsche Partei Schuld. Daß die großen Wählermassen von einer Entfremdung Oesterreichs Deutschland gegenüber nichts wissen wollen, haben die letzten Wahlen genügend bewiesen. Die Großdeutsche Partei, die nur auf der Streifen der zweiten Ermittlungsverfahrens und demgemäß in äußerst reduzierter Zahl in den Nationalrat gelangte und die ganz unter dem Einfluß des christlichsozialen Bundeskanzlers steht, mußte sich sogar dazu hergeben, gegen den Antrag des Tirolers Aram: man möge zur Einberufung der Rot in Deutschland 10 Milliarden Kronen spenden, zu stimmen.

Es sieht gegenwärtig in Wien so aus, als ob man daran ginge, sich französisch zu orientieren. Nach einem Ensemble der Comédie Française der Empfang des Pariser Filmstars Max Linder, in weiterer Folge das Auftreten des Pariser Schneiders Potret, der in der Form einer Theateraufführung bei den Klängen moderner französischer Meister seine Wannequins über die Bühne jappeln läßt, und nicht zuletzt die „Zur-Verfügung-Stellung“ einer großen modernen französischen Volksbibliothek durch den französischen Botschafter — all dies sind deutliche Zeichen des neuesten Kurses.

Unter diesen Umständen wäre es wohl zu begrüßen, wenn die sozialdemokratische Oppositionspartei aus Staatsnotwendigkeit endlich an einer Regierung teilzunehmen würde. Nur dann wäre die Möglichkeit gegeben, die Sanierung so zu gestalten, daß sich ihre Härten auf alle Schichten in gleicher Weise verteilen, und daß der Staat, der um einen Drittel in die Gefangenschaft des internationalen Bankkapitals gebracht worden ist, wieder sein österreichisches Gepräge erhalte, bei dem es selbstverständlich wäre, daß das Land seine Anlehnung der Natur gemäß wieder beim Deutschen Reiche suchte.

Zwei Bürgermeister von Separatisten verschleppt

Frankfurt a. M., 17. Dezember. (Eig. Tel.) Mehrere unehrerliche Gewalttäter der Separatisten in der Pfalz wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Ludwigshafen gemeldet: Separatisten haben am 14. Dezember die beiden Bürgermeister Dr. Butcher und Müller verschleppt, unbefreit nach der Stadt von Ludwigshafen, der am 1. Dezember in eindeutiger Weise seine ablehnende Haltung gegenüber der separatistischen Regierung in Speier kundgetan hat, hat am 15. Dezember zu dieser unehrerlichen Herausforderung der gesamten Bevölkerung Stellung genommen. Er erhebt gegen einen solchen rechtswidrigen und gewalttätigen Akt, der die Stadt Ludwigshafen in ihrer jetzigen schweren Notlage ihrer leitenden Männer beraubt hat, den schärfsten Protest.

Eine Abordnung des Stadtrates hat beim französischen Bezirksdelegierten die Erklärung abgegeben, daß die Verschleppung der beiden Bürgermeister die Separatisten ausnahmslos von der notwendigen Bevölkerungsmehrung ausschließt und deshalb die Stadträte neuwählen sein würden, ihr Mandat niederzulegen, falls nicht die Rückkehr der Verschleppten erfolgen würde. Von den Separatisten ist ein Verbot erlassen worden, wonach es der Presse untersagt ist, irgendwelche Beschlüsse der politischen Parteien zu veröffentlichen.

Rundgebung der pfälzischen Parteien

Frankfurt a. M., 17. Dezember. (Eig. Tel.) Die Deutsche Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei in der Pfalz haben einmütig folgende gemeinsame Rundgebung erlassen:

„Die unterzeichneten Parteien der Pfalz lehnen die unter Aufsicht der staatsbürgerlichen Rechte und Unterbrechung der öffentlichen Meinung den Pfälzern auferlegene Gewalt Herrschaft der Separatisten unter schärfstem Protest ab. Eine staatliche Umwidmung ist entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung und kommt für sie nicht in Betracht.“

Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde scharfe Kritik an den Verhandlungen mit den Regierungsmännern von Berlin und München sowie namentlich an der bayerischen Fürsorgestelle in Heidelberg geübt, die ihrer Verpflichtung gegenüber der schwerleidenden pfälzischen Bevölkerung nur unzureichend nachkommen sei.

Das Sanierungsprogramm Schachts

London, 16. Dezember. Der „Observer“ veröffentlicht eine Unterredung, die der deutsche Währungsminister Dr. Schacht seinem Berliner Berichterstatter gewährt hat. Dr. Schacht erklärte:

Was wir in Deutschland wollen, ist die deutsche Industrie auf eine gesunde Goldbasis zu stellen, wieder auf die Goldbasis; dann wird das deutsche Wirtschaftsleben von selbst gesund. Ein gesundes Wirtschaftsleben bedeutet Goldbesitz, und dies bedeutet ein ausgeglichenes Budget. Ich bin daran, eine Goldnotenemissionsbank in Berlin zu schaffen. Diese soll gegründet werden mit Hilfe deutschen und ausländischen Geldes. Auf seiten Deutschlands wird jede Anstrengung unternommen werden, um den notwendigen Betrag zusammenzubekommen. Aber ich rechne ebenso auf die Beteiligung des englischen, französischen, holländischen, skandinavischen, amerikanischen und schweizerischen Kapitals. Diese Bank wird anderen Ländern die Möglichkeit geben, ihr Geld in einer vollkommen gesunden Einrichtung anzulegen. Ich sage: vollkommen gesund, weil sie vollkommen unabhängig vom Reich und der Regierung ist und unter der Herrschaft der Geldgeber selbst steht. Die Gründung einer Goldbank ist meiner Ansicht nach unabhängig von der Reparationsfrage. Sie wird durch privates Kapital finanziert und wird Goldbesitz nur denen geben, die ihrer Ansicht nach Goldbesitz verdienen. Man muß unterscheiden zwischen dieser Goldnotenemissionsbank und der schwierigen Frage der deutschen Währung. Die Währung steht in enger Verbindung mit der Reparationsfrage, und kann niemals stabilisiert werden, bis es möglich ist, dieses Problem befriedigend zu lösen. Die augenblickliche sogenannte Goldmark, die Rentenmark, war niemals als ein internationales Zahlungsmittel gedacht; es ist sogar unterstellt, sie auszuführen. Sie dient ihrem Zweck im Inlande. Meine einzige Sorge ist das Rheinland, das außerhalb meines Wirkungsbereiches liegt. Das Rheinland ist die große Wunde an Deutschlands Seite, die seine Stärke untergräbt. Schacht sprach äußerst skeptisch über den Erfolg einer Goldnotenemissionsbank in einem kleinen Staat, der wirtschaftlich nicht unabhängig sei. Seiner Ansicht nach würde ein derartiger Staat es schwierig finden, seine Noten in der weiten Welt zum Nennwert anzubringen.

Der Berichterstatter fragte Dr. Schacht zum Schluss, ob seiner Ansicht nach andere Länder der neuen Bank ihr Goldgeld ohne strenge Kontrolle geben würden, und wie es sich mit der Ansicht verhalte, die heute in vielen Kreisen vorherrscht, daß nur der Völkerbund diese Kontrolle bieten könne. Dr. Schacht betonte erneut die Tatsache, daß die anderen Länder den weitesten Spielraum und die weitestgehenden Rechte auf die Kontrolle infolge ihrer Beteiligung an einer internationalen Einrichtung haben würden. Wenn sich Deutschland bereit zeige, eine entsprechende Kontrolle des Völkerbundes anzunehmen, so werde es doch darauf bestehen, daß die Vereinigten Staaten, ebenso wie England, an der Kontrolle teilnahmen.

Die französischen Währungspläne im besetzten Gebiet

Genève, 17. Dezember. (Eig. Tel.) Der Plan der Ausgabe eines wertbeständigen Notgeldes für das besetzte Gebiet ist auf Schwierigkeiten gestoßen, da die Besatzungsbehörde der Verwirklichung dieses Planes ihre Genehmigung bisher verweigert hat. Am letzten Sonnabend fanden in der Anwesenheit von Rön und Koblen Verhandlungen statt. Diese Besprechungen führten zu keinem Ergebnis. Auf französischer Seite erklärte man vielmehr, aus Paris neue Anweisungen einholen zu müssen. Am Dienstag sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Der Widerstand der Franzosen gegen die Einführung des geplanten Notgeldes für die besetzten Gebiete fand in engem Zusammenhang mit der Frage der Gründung der rheinischen Goldnotenbank, die bekanntlich auch von den Franzosen angelehnt wird. Wenn jetzt nach Berliner Meldungen damit zu rechnen ist, daß die Besatzungsbehörde der Einführung der Rentenmark in die besetzten Gebiete keine Schwierigkeiten mehr machen werde, so ist solches Resultat aus französischer Seite wahrscheinlich davon abhängig gemacht worden von der Zustimmung der Reichsregierung zu der Gründung der rheinischen Goldnotenbank. Durch das Einführen der Rentenmark würde natürlich der Plan der Ausgabe des sogenannten wertbeständigen Notgeldes für die besetzten Gebiete hinfällig.

Die Steuererforderungen

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Tel.) Die bereits vor längerer Zeit vom Reichsfinanzminister Dr. Luther angekündigte dritte Steuererforderung wurde heute nachmittags dem Reichstabinett vorgelegt. Sie bezieht sich auf die Auswertung der Hypotheken und ähnlicher Forderungen und auf den Finanzausgleich mit den Ländern und Gemeinden. Mit Rücksicht auf den ersten Punkt darf die Verordnung besonderes Interesse beanspruchen. Die Meinungen über den Vorschlag des Finanzministeriums, die Gewinne, die aus der Wertveränderung der Hypotheken gezogen worden sind, ganz oder größtenteils für das Reich in Anspruch zu nehmen, und damit der Auswirkung des bekannten Reichsgerichtsurteils zugunsten einer Aufwertung für die Gläubiger seine Bedeutung zu nehmen, sind, wie verlautet, innerhalb des Kabinetts geteilt, und es läßt sich deshalb nicht voraussagen, in welchem Ausmaß diese Gewinne steuerlich werden erfaßt werden können, wenn auch angesichts des dringenden Finanzbedarfs des Reiches an der grundsätzlichen Annahme des Vorschlages kaum Zweifel bestehen dürften.

Der Finanzexperten-Ausschuß des Reichstages befaßt sich heute vormittag wieder mit der zweiten Steuererforderung.

Die Wahlen in Griechenland

Athen, 17. Dezember. (Eig. Tel.) Die bis jetzt bekannten Wahlergebnisse erweisen, daß ungefähr hundert Revolutionäre und Benisekten gewählt worden sind. Die Revolutionäre planen für 3 Uhr nachmittags eine Massenversammlung, in der sie die Republik proklamieren wollen. Der König wird Benisekten auffordern, sofort nach Griechenland zurückzukehren.

lang, in der sie die Republik proklamieren wollen. Der König wird Benisekten auffordern, sofort nach Griechenland zurückzukehren.

Die Umgestaltung der Reichsbahn

Berlin, 16. Dezember. Ein Vertreter des R. E. B. befragte den Reichsverkehrsminister, wie es um die Finanzlage der Reichsbahn bestellt sei und welche Pläne er für die Wiederherstellung gesunder Verhältnisse habe. Reichsminister Oster führte dazu ungefähr folgendes aus:

Bekanntlich hat seit dem 15. November dieses Jahres die Finanzierung der deutschen Reichsbahn aus allgemeinen Reichsmitteln aufgehört, ohne daß diesem riesigen Unternehmen ein Anlagevermögen von mehr als 25 Gold-Milliarden ein Betriebsfonds mit auf den Weg gegeben worden wäre. Dazu kommt, daß das Unternehmen, das während des ganzen Jahres 1922, das heißt bis zum Ruhrkampf, in seinem Etat balancierte, in den letzten Monaten infolge der Aufgabe des Rhein- und Ruhrkampfes mit fehlbetragten arbeiten mußte und heute ohne Deckung für seine Verpflichtungen für werdende Anlagen dasteht. Es muß deshalb vorübergehend dem Unternehmen auch an Vermitteln zur Deckung dieser großen Gesamtverpflichtungen so lange fehlen, bis es sich eine neue Kreditorganisation aufgebaut hat.

Die Personalkosten und die laufenden sachlichen Kosten (z. B. für Kohle, Öl usw.) können bereits heute wieder aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Anders liegen noch die Verhältnisse bei den Kosten für Rhein- und Ruhrkampf für werdende Anlagen wie neue Lokomotiven, Wagen, Bahnhofsanlagen usw. Es ist selbstverständlich, daß, nachdem der Finanzminister der Reichsbahn seine Kredite entzogen hat, es augenblicklich der Reichsbahn an Mitteln fehlt zur Finanzierung dieser Projekte, wie das bei einem Privatunternehmen nicht anders sein würde. Der Mangel an Betriebsmitteln ist leider eine ganz allgemeine Erscheinung der heutigen deutschen Wirtschaft. Ueber die bezeichneten Bauten und Beschaffungen laufen eine Reihe von Verträgen, die bis zum 1. April 1923 schätzungsweise eine Belastung von rund 200 Millionen ausmachen. Hinzu kommen für den gleichen Zeitraum rund 100 Millionen für Ausgaben, die mit dem Ruhr-Schicksal zusammenhängen. Zur Deckung dieser 300 Millionen und zur Bildung eines Betriebsfonds, den ein so großes Unternehmen wie die Reichsbahn nicht entbehren kann, müssen Kredite in Anspruch genommen werden. Es ist nur natürlich und dementsprechend, daß die Industrie, der die gesamten Bestellungen der Reichsbahn zugute kommen, ihren Wechselkredit zur Verfügung gestellt hat. Wenn in einer Mitteilung von Verpflichtungen der Reichsbahn in Höhe von 550 bis 600 Millionen die Rede ist, so entbehrt diese Angabe der Grundlage. Es scheint sich hier um eine Verwechslung mit Beträgen zu handeln, die unter Umständen einmal für Investitionsausgaben in Betracht kommen könnten, wenn die Reichsbahn wieder an Bauten und Beschaffungen in größerem Maße herantreten kann. Der Boden für diese Kreditaufnahme und für eine durchgreifende Sanierung des Unternehmens ist vorbereitet.

Der eingeleitete Personalabbau und die strengste Einschränkung in allen sachlichen Ausgaben werden sich bereits in aller nächster Zeit finanziell günstig auswirken. Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß — das Dringlichste — die Betriebsform der Eisenbahnerverwaltung wesentlich geändert werden muß. Es müssen neue Wege eingeschlagen werden, um den Leistungsgrad des Unternehmens weiter zu steigern, als es heute in den Formen der Staatsverwaltung möglich ist. Die Umstellung des Reichsbahn-Unternehmens wäre längst erfolgt, wenn nicht der Ruhr-Einbruch dazwischengekommen wäre. Jetzt ist die Durchführung eingeleitet. Der Reichsfinanzminister hat den neuen Vorschlägen grundsätzlich schon zugestimmt, und baldigst wird sich auch das Kabinett mit der Frage beschäftigen. Vorher werden selbstverständlich die Länder, die am Staatsvertrag beteiligt sind, gehört werden; ebenso werden der Reichsrat und der Finanzexperten-Ausschuß des Reichstages damit befaßt werden. Es ist eine Notverordnung geplant, deren Abfassung durch eingehängiges Gesetz zum 1. April nächsten Jahres erfolgen soll.

Die Reichsbahn hat die innere Kraft und ebenso den festen Willen, diese Organisation selbst zu gestalten; sachkundigen Rat wird sie sich dabei gerne bedienen.

Vor dem 15. November hat die Reichsbahn, die bis 1. November mit ihren Tarifen der Geldentwertung regelmäßig weit nachhinkte, so viel Geld bekommen, als sie nur haben wollte. Ob das Reich ein paar Schachwechel mehr oder weniger an die Reichsbahn bog, darauf kam es nicht an. Wer aber braucht kein Geld, wenn er es sich ohne viel Schwierigkeiten beschaffen kann? Die Reichsbahn hätte also immer großen Geldbedarf. Mit dem 15. November hat das anders gewandt. Der Diskont von Schachwecheln bei der Reichsbahn hat aufgehört und das Reich selbst hat mit argen finanziellen Nöten zu kämpfen. Von ihm kann die Reichsbahn kein Geld mehr erhalten und muß wohl oder übel versuchen mit ihren Einnahmen auszukommen. Zur Ehre der Reichsbahnverwaltung sei es gesagt, daß sie diese Schwierigkeiten rechtzeitig vorausahnd und schon vor dem 15. November versucht hat, die Ausgaben möglichst herabzumindern. Sonst wäre der letzte Versuch der Schwereindustrie, die Reichsbahn in ihren Besitz zu bringen, oder sich wenigstens einen kräftigen Einfluß zu sichern, nicht so leicht abgelehnt worden, daß schon am nächsten Tage das Finanzministerium, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, erklärt hätte, Stinnes habe nie irgendwelche Absichten auf die Reichsbahn gehabt. Gewiß, auch wenn die Rot noch tausendmal größer gewesen wäre, so hätte doch niemals davon die Rede sein können, daß die Reichsbahn der Schwereindustrie ausgeliefert werde, aber so schnell hätten diese Herren sich wohl nicht damit abgefunden, auf ihren Lieblingsplan zu verzichten.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn erzwangen eine Änderung der Betriebsform. Man sieht sich versucht, aus den Worten, daß die Reichsbahn sich ihre Organisation selber schaffen werde, eine Abgabe an die Schwerindustrie zu entnehmen, so daß der Reichsrat der Stinnes und Konforten wohl als nunmehr endgültig anzusehen wäre. Es wäre jedoch zu wünschen gewesen, daß der Reichsfinanzminister sich in dieser Frage

starrer ausgedrückt hätte. Man könnte sich sonst z. B. denken, daß die Reichsbahn in Zukunft in Form einer Aktiengesellschaft betrieben werde, und daß die Staatsverwaltung über kurz oder lang sich zu einem ehrlichen Geschäft an die Börse beizugehen könnte, wie dies bei den Deutschen Werken geschehen ist. Und das wäre bei der Reichsbahn noch weniger wünschenswert als bei dieser. Klar ist, daß der staatsbürgerliche Betrieb fallen muß. Der Eisenbahnbetrieb ist die Domäne des Ingenieurs und Kaufmanns nicht aber der Verwaltungsbeamten. Um das jedoch, was geschehen soll, hat der Reichsfinanzminister zunächst vorläufig damit herum gesprochen. So wird man, so sehr die bevorstehende Umstellung zu begrüßen ist, doch zunächst die Bekanntgabe näherer Einzelheiten abwarten müssen, bevor man dem Plan der Reichsfinanzverwaltung vorbehaltlos zustimmen kann.

Die Herabsetzung der Kohlenpreise

Während sich in letzter Zeit der Preisabbau auf vielen Gebieten der Wirtschaft durchgeführt hat, ist der auf nach Ermäßigung der Kohlenpreise bisher wirkungslos verblieben. Die deutschen Kohlenpreise liegen seit geraumer Zeit beträchtlich über denen des Weltmarktes. An die Möglichkeit des Abfuges nach anderen Ländern ist nicht zu denken, und die inländische Industrie sucht ihren geringen Bedarf im Ausland zu decken. Bei Angeboten, die sich um 40 Prozent niedriger hielten, als für heimische Kohle gefordert wurde, ist es England nicht schwer gefallen, große Teile seiner Steinkohlenförderung in Deutschland abzugeben. Jetzt ist die Frage des Abbaues der deutschen Kohlenpreise aber dringender denn je geworden. Um gegenüber der fremden Kohle in Zukunft aber wettbewerbsfähig zu sein, haben die Besatzungsbehörden des Ruhrgebietes beschlossen, die Preise der Ruhrkohle an die englischen Kohlenpreise anzugleichen, also entsprechende Herabsetzungen vorzunehmen. Wenn die Besatzungsbehörden auf einmal betonen, daß die Ermäßigung notwendig gewesen sei, um die weiterarbeitende Industrie dem Ausland gegenüber wieder konkurrenzfähig zu machen, so versteht man nicht, weshalb man im Interesse der Volkswirtschaft diesen Schritt nicht schon früher unternommen hat. In Wirklichkeit wird das Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit in vorlesendem Sinne gewertet haben. Die neunstündige Arbeitszeit im Bergbau läßt eine erhebliche Mehrleistung erwarten; daneben bringt sie aber eine Verminderung der Entgeltkosten mit sich. Der Lohnabbau, wie er sich jetzt abzeichnet, scheint ebenfalls die Herabsetzung der Kohlenpreise nicht ohne Einfluß gewesen zu sein.

Man kann wohl jetzt schon ohne Uebertreibung feststellen, daß aus dem Abbau im Ruhrbergbau dem Unternehmer keine Opfer entstanden sind, und diese Herabsetzung in erster Linie auf die Konsumenten der Arbeitnehmer zurückzuführen werden muß. Trotzdem ist es aber zu begrüßen, daß mit der Angleichung der deutschen Steinkohlenpreise an die englischen wieder Exportmöglichkeiten für die Förderung selbst und weiter für die verarbeitende Industrie geschaffen werden. Unserer passiven Handels- und Zahlungsbilanz kann damit endlich wieder etwas aufgeholfen werden. Aber auch auf die Warenpreise sollte diese erste Kohlenpreisermäßigung, der sich hoffentlich die übrigen weitere umachend anschließen werden, nicht ohne Einfluß bleiben. Ist doch die Kohle einer der Faktoren, die in erster Linie die bisherige Preissteigerung verursacht haben.

Eine stürmische Versammlung

Reichsminister a. D. Solmann sprach am Sonntag mittag im Großen Saale des Zentraltheaters in einer sehr gut besuchten Versammlung der republikanischen Jugend über die Deutsche Republik. Die Rede enthielt keine besonderen Gedanken, sie sollte mehr das Ideal einer künftigen sozialen und demokratischen Republik aufzeigen. Der Geist, der heute in der Republik noch herrsche, sei nicht immer der Geist der Weimarer Verfassung. In der Republik dürfe es kein anderes Gesetz geben, als das des Volkes. Der Reichswahlrechtlich in Sachfen sei ein schwerer Fehler gewesen, der sich heute schon innen- und außenpolitisch räche, das Verbot der kommunistischen Partei sei eine Unklugheit gewesen; man könne zwar die Organisation, aber nicht den Kommunismus verbieten. Das Ziel der Sozialdemokratie sei eine freie Republik innerhalb der großen Völkerrfamilie. Das Land der Dichter und Denker sei auch das Vaterland des Sozialdemokraten, und er, Solmann, liebe dieses Vaterland über alles; er bekämpfe dagegen das Land der Monarchisten und Militaristen, die im Laufe der Jahrhunderte das Vaterland wiederholt verraten hätten. Auch die Republik brauche eine Wehr, und der Soldat und Offizier, der seinen auf die Verfassung geleisteten Eid heilig halte, verdiene Achtung. In der heutigen Reichswehr seien gewiss auch Republikaner, an sich sei aber die Reichswehr heute nicht das Instrument, das sich die Deutsche Republik wünsche müsse. Ebenso wenig wie die Jugend des Fabrikproletariats nur aus Materialisten bestehe, seien die Hochschulschüler nicht lauter Paktenspieler und Rechtschänder. Sei würde der Deutschen Republik widerfahren, wenn es gelänge, die studierende und arbeitende Jugend unter der republikanischen Fahne zu einigen.

Solmann wurde wiederholt von stürmischem Beifall der republikanischen Jugend, aber von Anfang an auch von ablehnenden und unflätigen Zurufen der (unter Führung Paul Böttchers) anwesenden Kommunisten und Anarchisten unterbrochen. Einmal schrie es, als ob die Versammlung überhaupt sprengt würde, solchen Lärm machten einige langhaarige Anarchistenjünglinge. Man warf dem Redner das Ermächtigungsgesetz vor, wenn er von einer ganz anderen Materie spräche, man schrie „Hitler und Ludendorff“, wenn es sich um den Untergang des Mittellandes handelte. Zurufe wie: „Wir wollen überhaupt keinen Staat“, „Soldaten sind keine Menschen“, kennzeichneten das Niveau dieser Beute. Solmann gab ihnen meistens sehr schlagfertige Antworten, worüber aber die „geistig Unreifeheiten“ nur höhlich lachten und sich so sehr verpöten. Als zum Schluss die Kommunisten, nachdem sie die Internationale gefungen hatten, versuchten, die Versammlung für sich in Anspruch zu nehmen, läßt sie der wachhabende Beamte auf.

Das Gerücht, daß Lenin sich in Biskupin, dem slowakischen Moorbad, aufhalte, entspricht, wie uns von uninteressierter Stelle gemeldet wird, der Wahrheit. Lenin ist mit seiner Frau und einem Sekretär in internem Intognito gereist und bleibt in Biskupin für die Bevölkerung wie für Journalisten unsichtbar.